



**international institute  
of social history**

Karl Kautsky Papers



\*3574\*

**Inv.nr. H 1\_240**

ARCH00712

International Institute of Social History

Cruquiusweg 31

1019 AT Amsterdam

The Netherlands



# Beilage zu Nr. 52 des „Mitteilungsblattes“.

## Verschiedene Kritiker der Bolschewiki.

Von Carl Kautsky.

Als die Bolschewiki in Petersburg die politische Macht eroberten, hat ihnen gar mancher anderer Freunde zugesagt. Das war sehr begreiflich angesichts der Zeitfrist, mit der sie sich an die Durchführung der uns mit ihnen gemeinsamen sozialistischen Ziele machten. Einige unter uns, darunter auch ich, haben ihnen jedoch kritisch gegenüber, nicht weil mit ihre Endziele verwerfen, sondern weil mit befürchteten, ihre Aktionsmethoden würden uns diesen Zielen nicht nähern, sondern vielmehr von ihnen entfernen.

Diese Kritik wurde geübt an einer Zeit, da die Bolschewiki nicht nur in Rußland sondern auch, sondern sich auch der Kunst der bürgerlichen Welt Deutschlands erfreuten und dementsprechend den Beifall der Regierungsozialisten fanden.

Das hat sich seitdem sehr geändert. Die bürgerlichen Parteien, die Regierung ebenso wie die Regierungsozialisten, wollen von den Bolschewiki nichts mehr wissen. Viele können sie nicht eigentlich genug verachten. Da broht den Kritikern aus dem Reich der unabhängigen Sozialdemokratie die Gefahr, in eine Gesellschaft zu geraten, in die sie fast wenig hineinpassen. Unter diesen Umständen wird es dringend notwendig, daß sie aus ihren biden Zeugnisschrift rücken und zwar einen solchen Gegner des Bolschewismus, und daß wir zeigen, worin sich unsere Kritik von der letzten unterscheidet.

Der Hauptvorwurf, den die anderen dem Bolschewismus machen, ist der, daß er die Revolution von oben nach unten tragen wolle. Das ist ein Vorwurf in den Augen nicht bloß der bürgerlichen Parteien, sondern auch der Regierungsozialisten. So sagte Scheidemann in seiner Reichstagsrede vom 26. Februar (nach dem Bericht des „Vorwärts“):

„Wenn der Bolschewismus jetzt verlangt, wir sollten durch eine Revolution den existierenden Schichten wieder aufzumachen finden, verlangen er zu viel von uns. Hoch seien wir im Westen im Kriege, und sozialistische Besetze haben sich nicht zu bewahren, daß ihre Anwendung auf Deutschland zu empfehlen ist.“

Scheidemann lehnt also die Revolution ab, nicht etwa deswegen, weil er das Streben nach ihrer Durchführung momentan für unerschöpflich hält, sondern weil die heutige Revolution Deutschland ruinieren müßte. Es ist das erste Mal seit dem Scheitern der deutschen Sozialdemokratie, daß ein Sozialdemokrat seine Kritik im Reichstag äußert, und zwar durch seine Zustimmung seiner eigenen Parteigenossen. Dieser letzte Satz der Rede zeigt, daß, wenn sie von uns vertretenen Politik aus dieser Rede — und das wäre durch die Revolution — die Deutschlands Rettung und seinen Nation bedeuten müßte und nicht seinen Untergang. Unsere Kritik an dem Bolschewismus ist ganz anderer Art. Wir merken ihm nicht vor, daß er die Revolution von oben nach unten tragen wolle und sie im Ausland propagiere. Unsere Kritik wendet sich dagegen, daß der Bolschewismus verkennt, wie sehr die Bedingungen der Revolution im jetzigen Rußland verschieden sind von denen einer Revolution im jetzigen Westeuropa.

Der Mißbrauch des Parlamentarismus eine Erregung durch die Demokratie war eine Notwendigkeit geworden für die ganze bürgerliche Welt Rußlands. An dieser Revolution wirkten nicht nur Proletarier mit, wenn auch diese, wie in jeder Revolution, von Anfang an im Vordergrund standen; sondern auch die Aristokratie, die Bauern, die Intellektuellen, viele Agrarier und sogar Großgrundbesitzer. Die Mehrheit der Armee und auch die Offiziere stimmten ihr zu.

Ganz anders in Westeuropa. Hier entsprechen, wenn auch nicht immer die lebendigsten Regierungen, so doch das herrschende Parteiensystem, genügend den bestehenden Klassen. Diese haben keine Klasse, die grundlegend zu ändern. Die einzige Klasse, die für eine derartige Änderung, eine Revolution, hier in Betracht kommt, ist das Proletariat. Es hat dabei die gesamte bürgerliche Welt Rußlands gegen sich, darf auf eine Veränderung des Staatsoberbaus in seinem Sinne nur rechnen, wenn es früher, als alle anderen Klassen zusammenkommen. In seine Macht in seiner Klasse liegt, kann es dies nur dort erwarten, wo es den äußersten Teil der Bevölkerung bildet. Die beste Methode, das Gewicht seiner Heberzahl zur Geltung zu bringen, die schmerzloseste Methode, die einzusetzen, die dauernde Mehrheit verleiht, ist die der Demokratie. Das Proletariat wird sich in ihr um so eher durchsetzen, je größer seine politische Intelligenz und sein Zusammenhalt.

Von diesen Bedingungen sind in Westeuropa die meisten ganz oder doch annähernd erreicht. In den entscheidenden Großstaaten, namentlich Deutschland und England, bildet das Proletariat bereits die Mehrheit der Bevölkerung. Es ist auch zum politischen entscheidenden Wählermaßstab geworden, und von den demokratischen Formen sind wenigstens die unerlässlichsten so ziemlich überall eingeführt.

Wenn das Proletariat trotzdem noch nirgends die Macht erobert hat, so ist dies zum großen Teil seinem Mangel an Geschlossenheit zuzuschreiben. Die Scheidemann und Stammer werden behaupten, daß sie das immer gelobt haben und immer für die Einheit eintraten. Aber es gilt anders, als sie meinen. Die erste Bedingung proletarischer Geschlossenheit besteht nicht darin, daß das Proletariat einmütig einigen Zeitpunkten nachläßt. Die Geschlossenheit der Herdenart bedeutet keinen intellektuellen Aufbruch des Proletariats. Die erste Bedingung proletarischer Ge-

schlossenheit ist vielmehr seine geistige Selbständigkeit, seine Unabhängigkeit von der bürgerlichen Führung.

Daran fehlerte bisher die politische Betätigung des Proletariats, selbst in den demokratischen Ländern, in denen es die Mehrheit des Volkes darstellt, daß es in großen Zeiten noch seine Rolle nicht zur Befreiung, sondern zur Stützung der bürgerlichen Welt benutzte. So sind bisher noch viele Arbeiter Englands in liberalen, Amerikas in demokratischen oder republikanischen, in Frankreich zum Teil in radikalem Parteipolitik gewesen. Auch in Deutschland ist die ultraromantische Arbeiterfront noch zahlreich.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften galten als völlig unabhängig von bürgerlichen Parteien. Die wenig sie es waren hat die Haltung nicht weniger unter ihnen seit Ausbruch des Krieges bewiesen. Sie haben sich bürgerlicher Führung unterworfen, an das Wohlwollen und Vertrauen der linksstehenden bürgerlichen Parteien appelliert, das heißt berufen, die nicht unabhängig von Arbeitgebern sind, sondern auf deren Wohlwollen fortzuführen müssen. Sie haben die Wohlwollen und Vertrauen in ausreichendem Maße erworben, was sie als Hauptgrund ihres Einflusses in der bürgerlichen Welt haben, was aber nur den Gehalt auf den Kampf für alle Verbesserungen bedeutet, von denen die bürgerlichen Parteien nichts wissen wollen.

So lange diese Spaltung des Proletariats in einem von bürgerlichen Parteien abhängigen und einem unabhängigen Teil fortbestand, ist in Westeuropa eine grundsätzliche Veränderung der hier herrschenden Systeme, die allein von der Arbeiterklasse ausgehen kann, nicht zu erwarten. Der Krieg hat diese Spaltung, die er vorband, nicht überwinden, sondern bisher nur vertieft. Sie kann allerdings durch große, weitreichende Ereignisse löstlich überwinden werden. Aber das ist nur eine Möglichkeit, keine Gewißheit.

Die Bedingungen der Revolution sind in Westeuropa also ganz anders als in Rußland, und es ist ganz verfehlt, zu sagen, wie es so oft haben und drücken geschieht: Was in Rußland möglich war, muß auch in Westeuropa möglich sein, um so leichter möglich, da wir ja ökonomisch vorgeeilt sind.

Kein Zweifel, wir im Westen sind ökonomisch weiter, aber gerade dadurch sind die westlichen Regierungen so sehr den bürgerlichen Interessen viel besser angepaßt, als es in Rußland der Fall war, und erscheint das Proletariat, weil zahlreicher, den anderen Klassen gefährlicher. Dieses hat andererseits Gründe für sie, sich um die Regierungsgewalt zu bemühen, die in Rußland eine weit kürzere Zeit dauert, als sie der bürgerlichen Welt ist.

Diesem unabweisenden Nachteil der höheren ökonomischen Entwicklungsteile, jedoch auch ein großer Vorteil gegenüber. Wenn in Westeuropa das Proletariat einmal aus dieser Lage kommt, findet es sofort die Elemente für die Durchsetzung des Sozialismus vor. Dieser wird dann nicht sein letztes Ziel, sondern seine nächste praktische Aufgabe, worunter man sich natürlich nicht die Einführung eines fertigen Sozialismus versteht, sondern die Einführung eines Sozialismus, der die längere Ausübung demokratischer Rechte verleiht.

Auf diesen Grundlagen läßt sich ein sozialistisches Gemeinwesen nicht aufbauen. Die russische Revolution kann als nächste Aufgabe nur die haben, die Demokratie durchzuführen und zu beschleunigen, das politisch fortgeschrittenen Staatswesen Europas zu werden und dadurch den Vorkrieg Westeuropas das einzuholen.

Diese Aufgabe war bisher und für sich allein schon gewaltig. Die Bolschewiki wollten mehr. Indem sie die Verschwendung des Krieges und Welt verstanden, glaubten sie, aus derselben historischen Situation, die die russische Revolution erzeugte, müßte ohne weiteres auch die westeuropäische hervorgehen. Und andererseits, weil in Westeuropa die nächste praktische Aufgabe einer Revolution der Sozialismus wäre, trafen sie das auch für Rußland zu.

So wagten sie sich an eine Aufgabe, an der sie scheitern mußten. Es bedurfte eines ungeheuren Maßes von Draht und Intelligenz, um sie gegenüber den enormen und rasch wachsenden Schwierigkeiten überhaupt so lange zu behaupten, wie es den Bolschewiki bisher gelungen ist. Diese Anerkennung verdienen sie. Aber alle Draht und Intelligenz vermochten ihnen nicht die Kraft zu verleihen, die eherner Volk der Dinge zu durchbrechen. Dies Volk trieb sie immer weiter auf dem Wege des Verderbens.

Da unter den gegebenen sozialen Bedingungen Rußlands die Demokratie nicht zum Sozialismus führt, mußten sie die Demokratie über Bord werfen, ihre Diktatur, die nicht gleichbedeutend ist mit der des Proletariats, an Stelle des Regimes der durch das demokratische Stimmrecht gemäßigten Konstitutionen setzen. Sie gewannen dadurch trotzdem nicht die Kraft, den Sozialismus durchzuführen, vertrieben aber das, was die nächste Aufgabe der russischen Revolution war, die Demokratie. Sie untergraben auf diese Weise den Boden des revolutionären Staatswesens und damit die Revolution selbst.

Nicht selten die revolutionäre Propaganda der Bolschewiki im Ausland wendet sich unsere Kritik, sondern gegen ihre antidemokratischen Methoden im Innern, die die Revolution nicht retten, sondern verderben.

Gerade das ist aber nicht dasjenige, was ihre bürgerlichen Gegner in Deutschland ihnen zum Vorwurf machen. Es wäre auch sehr fonderbar, wenn die An-

hänger des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und die Gegner des Parlamentarismus — und es gibt keine bürgerliche Partei Deutschlands, die nicht wenigstens eine Zeitung zu ihnen gehört hätte — sich über Lenin gerade deshalb besonders entrüstet hätten, weil er vor dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht nicht genügend den Respekt empfand und das Reichsparlament nicht zur obersten politischen Instanz erheben will.

Der Konflikt mit den Bolschewiki entspann sich vielmehr über die Frage des Selbstbestimmungsrechts der russischen Mandatnationen, wobei der Bolschewiki nicht als Verächter, sondern als Verteidiger der Demokratie, vor allem des allgemeinen und gleichen Stimmrechts auftraten. Sie fanden hier auf dem gleichen Boden wie die übrigen sozialistischen Parteien Rußlands, so der Internationale. Auch hier wieder gelangte sie, daß das, was wir an den Bolschewiki auszuwerfen haben, nicht gerade das ist, was die Entrüstung ihrer bürgerlichen Gegner bei uns erregt.

Aber ihre Verurteilung! Sind wir nicht da alle eines Sinnes? Richtig ganz. Natürlich bedauern und verurteilen wir jede Verurteilung. Aber doch nur solche, die erweisen sind. Die bloße telegraphische Uebermittlung betrachten wir nicht als Beweis. Der Telegraph hat schon so oft ganz erhabene Leichtgläubigkeit an den Tag gelegt. Was wurde schon über die Pariser Kommune 1871 zusammengelogen!

Indes, das Ansehen in Rußland vorzukommen, wer möchte das bezweifeln? Sobald die Bolschewiki an Stelle des Kampfes der Parteien durch das Wahlrecht den Kampf durch überlegene militärische Gewalt setzten, mußten sie darauf gefaßt sein, daß ihrer Gewalt gewalttätiger Widerstand begegnete, daß an Stelle des Wohlwollens der Bürgerkrieg trat. Und jeder Krieg der Massen erhebt seine eigenen Kräfte der Bolschewiki auch über alles, jede demokratische Methode und unter allen Umständen durch demokratische Methoden ersetzt werden? Und verlangen sie etwa von Deutschland, daß es über alles in der Welt interveniert, wo an Stelle der Demokratie die Gewalt herrscht, und daß es ausreicht, an Stelle der Gewalt die Demokratie zu setzen?

Man hat noch nie davon gehört, daß die jetzigen Kritiker der Bolschewiki die deutsche Regierung zur Intervention aufforderten.

Wenn hinten, weit, in der Erde die Völker aufeinandertriften.

Solche Aufforderungen wurden auch nicht laut, als in den Ostprovinzen nach dem Niederschlagen der Revolution von 1905 die Gegenrevolution dort fast so fürchterlich hauchte, wie die Korden in Armenien.

Wahen die Kritiker der Bolschewiki vielleicht einen Unterschied in den Verhältnissen, über die sie sich entscheiden, und sehen sie etwa in Deutschland einen Grund zur Intervention nur dort, wo die Gewalt in den Händen von Revolutionären ist?

Diese Andeutungen dürften wohl genügen, erkennen zu lassen, daß die Kritik, die von einer Reihe unabhängiger Sozialisten an den Bolschewiki geübt wird, in eine ganz andere Reihe baut, als die Kritik ihrer bürgerlichen Gegner und ihres aus sozialistischem Lager kommenden Anhangs bei uns. Der Gegensatz zwischen der einen und der anderen Art Kritik ist ebenso groß, wie zwischen der Stellung der einen und der anderen Kritiker zur Revolution.

## Die Resolutionen der Sozialistischen Interalliiertenkonferenz.

Die sozialistische Interalliiertenkonferenz, die am 20. Februar in London zusammentrat, hat das Ergebnis ihrer Arbeiten in zwei Resolutionen niedergelegt, deren Wortlaut wir im folgenden veröffentlichen. Die erste Resolution beschäftigt sich mit dem Krieg und der Stellung der Interalliiertenkonferenz zum Krieg, die zweite mit den Friedensbedingungen und dem Aufbau der Welt nach dem Kriege.

### I. Der Krieg.

Die Interalliiertenkonferenz erklärt, daß, welches auch die Ursachen werden mögen, die den Krieg herbeigeführt haben, die Völker Europas, die naturnotwendig die hauptsächlichsten Opfer der Schrecken des Konfliktes sind, vollständig selbst keine Verantwortlichkeit dafür haben.

Die Konferenz sieht keinen Grund dafür, sich von der einstimmigen von der Konferenz der alliierten sozialistischen und Arbeiterparteien am 14. Februar 1918 angenommenen Erklärung zu trennen. (Es folgt noch einmal der Text dieser Erklärung.)

### II. Die Welt muß sicher für die Demokratie sein.

Welches auch die Ziele sein mögen, für die der Krieg unternommen wurde, so ist die Hauptaufgabe der Interalliiertenkonferenz, indem sie die Fortsetzung des Kampfes annimmt, für die Zukunft der Demokratie alle Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.



Von allen Friedensbedingungen ist keine für die Völker der ganzen Welt so wichtig, als den Frieden so zu machen, daß es in Zukunft keinen Krieg mehr geben kann. Der auch Einger sein wird, die Völker werden sich als die Unterlegenen fühlen, wenn man nicht ein internationales Regime anrichtet, das dazu bestimmt ist, jeden Krieg zu verhindern. Was würde es helfen, das Recht der Völker über sich selbst zu bestimmen, zu proklamieren, wenn dieses neuen Bestimmungen ausgesetzt bliebe, wenn es nicht durch eine oberste internationale Macht geschützt, die nicht anders sein kann als die Gesellschaft der Nationen.

Nicht nur die gegenwärtig Kriegsführenden, sondern auch die andern souveränen und unabhängigen Staaten müssen angeschlossen werden, sie zu bilden.

Die zu verbandene Gesellschaft der Nationen ist die folgende Einrichtung eines internationalen Gesellschaftsrechts vorzuziehen, nicht nur, um alle die Schwierigkeiten zwischen den Staaten auszuräumen, die auf dem Wege des gewöhnlichen juristischen Ganges gelöst werden können, sondern um eine schnelle und praktische Vermittlungsmethode bei Streitigkeiten zwischen den Staaten festzusetzen, für Angelegenheiten, die sich aus der Macht und Ehre dieser Staaten ergeben.

Unter der Kontrolle der Gesellschaft der Nationen soll sich auch die Betreuung der Völker vollziehen. Das Recht der Völker ist nur gültig durch die Zustimmung der Völker. Die Gesellschaft der Nationen muß die internationalen Verfahren aufstellen, die Modifikationen regeln, durch die die Freiheit und die Autonomie der Abhängigen gewährleistet werden; die individuellen politischen Rechte wieder herstellen, die infolge der Erziehung gelitten haben werden; die Verträge der Prellerei und der Korruption untersuchen; die Verletzungsmöglichkeiten aller Art verhindern, die gegen wen es auch sei, nach der Zustimmung ausgeübt werden könnten.

Es wird endlich am Plage sein, eine internationale gesetzgebende Versammlung zu bilden, in der die Vertreter aller zivilisierten Völker ihren Sitz haben, so wie es angeordnet sein wird, geändert und lebhaft eine internationale Gesetzgebung zu entwickeln, die bestimmt ist, alle daran teilnehmenden Staaten untereinander zu verbinden.

Durch eine förmliche Verpflichtung müssen alle Staaten, alle Völker, die zu diesem Zwecke bestraft werden, die Verpflichtung geben, daß die Konflikte, die unter zwei oder mehreren von ihnen entstehen, dem so eingesetzten Schiedsgericht unterworfen werden.

Die Jurisdiktion des Schiedsgerichts oder seiner Entscheidung wird der Gewalt des vorbereitenden Angriffes sein, und alle Völker werden notwendigerweise mit allen ihnen zur Verfügung stehenden atomischen oder militärischen Mitteln gemeinsame Sache machen, gegen diesen oder jenen der Staaten, die sich weigern, mit dem Schiedsgericht anzutreten oder die den allgemeinen Friedensvertrag zu brechen wollen.

Aber die lokale Annahme der Regeln und Entscheidungen der internationalen Organisation beruht auf einer vollkommenen Demokratisierung in allen Ländern.

Unabhängigkeit aller absoluten Mächte, die bis jetzt verpfändet waren, zwischen Krieg und Frieden zu entscheiden; parlamentarische Versammlungen durch und für das souveräne Recht des Volkes gewählt; Abkündigung der Geheimdiplomatie, die einer auswärtigen Politik Platz macht, die der Kontrolle der gesetzgebenden Versammlungen unterliegt; Veröffentlichung aller Verträge, die niemals im Geheimnis stehen dürfen mit den Grundgesetzen der Gesellschaft der Nationen, unbedingte Verantwortlichkeit der Regierungen und besonders der Minister der auswärtigen Angelegenheiten aller Länder vor ihren Parlamenten; nur eine solche Politik wird die sichere Abkündigung jeder Art Imperialismus gestatten.

Weglassen von einer solchen Veräglichung der Demokratie, in einer Welt, wo die wirkungsvollen internationalen Garantien gegen jeden Angriff gesichert sind, wird die Gesellschaft der Nationen zu der vollkommenen Ausübung der Macht als Mittel internationaler Konflikte zu empfinden gelangen.

Die Gesellschaft der Nationen muß bei der Vorbereitung der vereinbarten Abkündigung der militärischen Dienstpflicht in allen Ländern zuerst überleben: 1. Zur Unterdrückung neuer Kämpfe zu Lande sowohl als zur See; 2. Selbst zur Begrenzung der Unterhaltung der Waffnungen, mit denen die Völker bereits überhäuft sind; 3. zur Kontrolle der Kriegsfabrikationen und zur Durchsicht der Konventionen, die in diesem Zwecke errichtet werden. Die Staaten, die diese Verpflichtungen selbst übernehmen, müssen die großen Weltmächte radikal unterwerfen, die von den Nationen profitieren und die versucht sind, irgendein ihres Gewinnes zu realisieren, um Kriegsanforderungen zu provozieren, und die ein Regime der auf die Vorbereitung von Kriegen hinauslaufenden Konkurrenz schaffen.

Die Nationen, die nur zu ihrer Verteidigung gerichtet sind und für die Krieg, die unter Umständen die Gesellschaft der Nationen zur Verteidigung des internationalen Rechts einmal von ihnen verlangen kann, werden die Freiheit haben, unter internationaler Kontrolle ein freiwilliges Rekrutierungssystem einzurichten oder auch die benachteiligte Nation außerhalb des Regimes der Kolonialmächte und des langfristigen Militärdienstes zu organisieren.

Die sozialistische Internationalistenkonferenz erklärt, daß unter Annahme dieser oben genannten Bestimmungen die Grundzüge der Gesellschaft der Nationen ein tragender Teil des Friedens selbst sein und als Ausgangspunkt bei der Regelung der Schwierigkeiten dienen muß.

In diesem Geist stimmt sie den von Herrn Wilson in seiner letzten Botschaft formulierten Bedingungen zu.

Erstens, jeder Teil der endgültigen Regelung muß auf der wirklichen Gerechtigkeit, das besondere Recht und auf den besten Vereinbarungen einen dauernden Frieden herbeiführen können sein.

Zweitens, die Völker und die Provinzen dürfen nicht Handelsgegenstand zwischen Herrschaft und Herrschaft sein, als ob sie einfache Objekte oder einfache Figuren eines Spieles, selbst des großen, jetzt für immer diskreditierten Spieles des Weltgewinns der Kräfte wären.

Drittens, jede territoriale Regelung, die sich an diesen Krieg schließt, muß im Interesse und zum Wohle der interneren Bevölkerungen und nicht als Teil eines Kompromisses der Vergeltung zwischen rivalisierenden Staaten gemacht werden.

Viertens, alle wohlgegründeten nationalen Ansprüche müssen die vollständige Befriedigung erhalten, die gemacht werden kann, ohne neue Elemente der Verwirrung oder des empfindlichen Gegenstandes einzuführen oder alte zu verlängern, die mit der Zeit den Frieden Europas und als Folge den der Welt brechen können.

Unterzeichnet ist das Manifest von V. Renaudel als Präsidenten der Kommission und R. Adonaid als Schriftführer.

Die französischen und englischen Genossen erwarten eine Antwort der deutschen Genossen auf dieses Dokument, auf das zurückzukommen wir uns vorbehalten.

### Der Prozeß Inzari-Bombacci.

Nach dreitägiger Verhandlung vor dem Tribunal in Rom ist der Prozeß der Parteisekretäre der italienischen Sozialdemokratie, der Genossen Inzari und Bombacci, mit der Unterstützung der Angeklagten zu zwei Jahren, ein Mannes Gefängnis und 200 Lire Geldstrafe fast Ende gefunden. Inzari und Bombacci waren angeklagt, durch ihre Propaganda die Volkstimmung einseitig und die Widerstandskraft der Nation geschwächt zu haben. Das Gericht sah den Schuldweis durch vier Zeugen als erwiesen an, die Inzari und Bombacci in ihrer Eigenschaft als Parteisekretäre verurteilt hatten. Das erste Zeugniss bezieht sich auf eine geheime Zusammenkunft der intransigenten Sozialisten nach der militärischen Katastrophe in Benevent; das zweite ist an die Arbeiterkammer gerichtet und wendet sich gegen einen Artikel ihres Sekretärs Inzari, der nach der Niederlage der Caporetto, ebenso wie Turati und Treves, für einen kräftigen Widerstand gegen die feindliche Invasion eingetreten war. Im dritten Zeugniss wurde der Parteipräsident Inzari wegen seiner Rede nach dem italienischen Zusammenbruch und den darin enthaltenen schweren Vorwürfen gegen die Sozialisten angegriffen. Das vierte Zeugniss endlich ist eine Aufzählung an die sozialistischen Bürgermeister der Bombacci, allen Forderungen in Ehren Ordentlichkeit anlässlich seines Besuchs in Mailand ferngeblieben.

Inzari und Bombacci bekennen sich als Urheber der Artikelare und übernehmen die volle Verantwortung für sie. Dennoch wollten sie nicht zugestehen, mit diesen Anschuldigungen die Stimmung und die Widerstandskraft der Nation zu schwächen und geschwächt zu haben. Eine Propaganda des Sozialismus (Inzari) und Bombacci) habe ihnen ferngelegen. Die Stunden auf dem Standpunkt, wo der Zusammenhang noch Substanz des Krieges, sondern unparteiisches Verfechten. Eine Begründung des Scheiterns der eigenen Regierung, dafür könnten sie anführen, daß, als im September 1914 die Luft in nach Italien kam, um die italienischen Sozialisten für seine Ideen zu gewinnen, diese ihm eine kräftige Reaktion erteilt hätten. Auch ein über Amerika und die Schweiz gerichtete Aufruf der italienischen Partei, 200000 Dollars für die Kriegsbewegung in Italien zur Verfügung zu stellen, habe Inzari im Namen der Partei mit Bedacht zurückgewiesen. Die Haltung der Partei werde weder durch die Interessen der Leute noch durch die ihrer Gegner, sondern einzig und allein durch die Prinzipien des internationalen Sozialismus, sowie durch die Direktiven der internationalen Kongresse bestimmt. Auf diesen hätten die Sozialisten aller Länder die Verpflichtung übernommen, im Falle eines Krieges für die Verrückung oder Eindämmung des Konfliktes in ihrem Lande zu wirken, und diese Verpflichtung hätte die italienische Partei erfüllen wollen. Die Propaganda des Friedens könne keine Kommunikation der Volkseele zur Folge haben, dessen Widerstandskraft nicht schwächen, sondern nur heben. Die Sozialisten hätten die Partei in diesem überwinden und einen über sie hinausführenden Standpunkt erreicht: die Solidarität der Proletarier aller Länder und Nationen. Er allein sei Mittelpunkt ihres Handelns.

Zahlreiche Abgeordnete, die als Zeugen vernommen wurden, in Turati, Treves, Franzoni u. a. bezeugten, daß die Verantwortung für die inkriminierten Handlungen keineswegs Inzari und Bombacci als Einzelpersonen, sondern als Sekretäre der Partei und damit der Partei als ganzem zuzuschreiben; auch sie hätten, trotz abweichenden Standpunktes, an Stelle Inzari ebenfalls gehandelt.

Ingenieur dieser Erklärung. Die um so mehr Verantwortung verdienen, als sie den offiziellen Standpunkt der Partei ausdrücken, kam das Gericht zu seinem einmütig ermittelten Urteil. Offenbar hätte die gesamte Partei damit getroffen werden, in Wahrheit hat sich aber das Gericht und das Urteil in Italien herrschende Sitten mit diesem Urteil einen ewigen Spandack ausgesetzt. Das Inkongruenz an den letzten Parteiführern der italienischen Partei wird das Proletariat nur noch in seinem Kampf bekämpfen, und die Sympathien der gesamten ihren Grundrissen freireligiösen Internationalen werden die verurteilten Genossen in den Kerker begleiten.

### Der wohlthätige Kammerherr.

Im Reichstage wurden kürzlich die „Verdienste“ des Kammerherrn der Kaiserin, v. Behr-Pinnow, einer Würdigung unterzogen. Herr v. Behr-Pinnow steht an der Spitze vieler Wohlthätigkeitsvereine. Während des Krieges kam er auf den Gedanken, den Heimarbeiterrinnen eine besondere Wohltat zu erwirken. Er wollte ihnen lohnenden Beschäftigung verschaffen. Und weil er über gute Beziehungen verfügte, fiel es ihm auch nicht schwer, Lieferungen auf Saide für die Heeresverwaltung zu erhalten. Er hatte seine Leute an der Hand, die in die Welt hinausposaunen, welche große Wohltat den Arbeiterinnen erwirken würde durch diese Beschaffung von Arbeit. Wir, die wir damals noch im Vorwärts tätig waren, fanden gleich sehr mißtrauisch dieser Wohltat gegenüber und waren trotz einbringlicher Einreden von dieser Wohltat gar nicht zu überzeugen. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der wohlthätige Kammerherr es verstanden hat, sein persönliches Interesse aufs beste wahrzunehmen. Herr v. Behr-Pinnow ging unter die Gründer, er gründete eine G. m. b. H. mit einem Herrn Hofe. Und nun stoßen die Verdienste reichlich, weniger für die Saide während der Kriegszeit, sondern für ihn selber. Der Gesamtumsatz betrug mit der Zeit 27 Millionen, der Verdienst über 4 1/2 Millionen Mark, obwohl schon immer lohnhafte Arbeiter kamen, daß den Arbeiterinnen nicht einmal der ihnen zulebende Lohn von 20 Pf. gesahlt wurde, der fehlgelehrt war. Es ist unerfindlich, daß die Lieferungen überhaupt einem sogenannten Wohlthätigkeitsverein übertragen wurden, wo der Schneiderverband die Arbeit direkt vergab. Jetzt soll gegen den wohlthätigen Herrn ein Strafverfahren eingeleitet werden. Das Gericht hat die Erhebung einer Ringe abgelehnt; legt es es auf Bewährung hin vom Kammergericht angeordnet worden.

Der Kammerherr läßt den Zeitungen mitteilen, daß nur die Masse der Lieferungen zu dem hohen Verdienst geführt habe. Man fragt sich aber auch, wie es überhaupt möglich war, daß die Beschäftigten dieser sogenannten Wohlthätigkeit übertragen werden konnten.

Aber schließlich, wo heute alles verdient, warum soll ein Kammerherr das nicht tun, zumal er über gute Verbindungen verfügt. Und Verbindungen machen eben heute sehr viel. Herr v. Behr-Pinnow hat infolge der Veröffentlichung seiner „verdiensthollen“ Tätigkeit seine Kammern in verschiedenen Wohlthätigkeitsvereinen niedergelegt, darunter auch das Amt eines Vorstehers der Wagner-Viktoria-Stiftung. Die Kasse des Kammerherrn wirft ein Schlotloch auf die Art mancher Wohltäter, die sich mit dem Mantel der Unvergleichlichkeit umgeben, in Wirklichkeit aber ihre persönlichen Interessen gut zu wahren verstehen.

### Schonung der Kriegsgewinne.

Beachtliche Kriegsgewinne werden des Krieges unabweidbare Folgen sein und langh sind schädliche Folgen an der Arbeit, allerlei Steuerpläne auszubringen. Die meisten der bis jetzt bekannt gewordenen Steuerpläne lauten darauf hinaus, das Kapital möglichst zu schonen und die Löhne in der Hauptfrage auf die Schultern der breiten Masse abzumähen. Selbst die Kriegsgewinne möchte man der Steuerbehörde entziehen und findet dafür theoretisch die Begründung, es läge diese Art Steuerabwälzung im Interesse der deutschen Arbeiterkraft. Das große Kapital, so begründet man, müsse unangenehm bleiben, weil auf anderem Wege der Wiedereinbruch des vertriebenen Wirtschaftens gar nicht möglich sei. Die älteren nationalökonomischen Lehrbücher werden hervorgerufen und als unumgängliche wirtschaftliche Sachgründe empfohlen.

Auf Gründlichkeit des Einbunds der Volkswirtschaftliche erhebt antwortend auch ein Herr S. Marx seinen Anspruch, der in einer Vorhandlung des Vereins zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen in Rheinland-Westfalen über das Thema: Die Deutung unserer Kriegsgewinne“ unlangh einen Vortrag gehalten hat. Dieser Vortrag ist nun auch als Broschüre erschienen. Der Aufsatz auf die Löhne der breiten Masse unseres Volkes, der hier verhandelt wird, rechtsfertig ist, und mit dieser Broschüre etwas näher zu befragen.

Der Verfasser berechnet zunächst, daß der Mehrbedarf des Reiches allein den Betrag von 8000 Millionen Mark ausmachen werde. Dieser Mehrbetrag errechnet sich aus der Verminderung und Abnahme der Anleihen, Zahlungen an Kriegsgeldbesitzer und Hinterbliebenen, ferner Aufhebung der Wehrmacht. Diesen Mehrerfordernissen stehen jedoch auch noch erhebliche Ausfälle bei den früheren Einnahmen gegenüber: Verminderung der indirekten Steuern und Zölle. So kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß dem Reich allein ein Drittel des Nationalertrahms vor dem Kriege zuzurechnen müßte. Dazu treten dann noch die Bundesstaaten und Gemeinden mit ebenfalls beträchtlichen Mehrerfordernissen. Die einfache Lösung des Problems sei die Vermögensumschichtung, die jedoch für den Staat wie für die Volkswirtschaft von verheerenden Folgen sein würde. Die Grundlage des Wohlstandes der Wirtschaft sei die — Kapitalvermehrung. Reine man der Volkswirtschaft diese, dann würden die heimkehrenden Krieger keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit. Für Reich, Staat und Ge-